



## Wo bleibt Lindner?

Sehr geehrte Damen und Herren,

was hatte sich die aus der letzten Bundestagswahl hervorgegangene Ampelkoalition nicht alles ins politische Programm geschrieben? Dann kam der Ukraine-Krieg, und nicht alles, aber vieles war plötzlich Makulatur, und jetzt muss eine Politik gemacht werden, die die Akteure nicht vorhergesehen haben. Wie schlagen sie sich im Einzelnen?

Von Bundeskanzler Olaf Scholz sieht und hört man wenig. **Annalena Baerbock**, über die ich mich noch in meiner Kolumne 04/2021 (Juli-August 2021) wegen ihres ver stolperten Wahlkampfes lustig gemacht habe, hat zu staatsmännischer Form gefunden. Sie zeigt die erforderliche politische Präsenz und findet regelmäßig den richtigen Ton. Es ist nicht zu bestreiten, dass sie als Außenministerin eine unerwartet gute Figur macht. Das gilt auch für **Robert Habeck** als Wirtschaftsminister. Wenn man bedenkt, was der an politischen Erwartungshaltungen seiner grünen Partei auf dem Buckel hat, und dann sieht, mit welcher Tatkraft er heute wirtschaftliche Realpolitik betreibt, da gibt es nur ein Wort: Respekt!

Und **Christian Lindner**? Ich bin ehrlich zuzugeben: Als seinerzeit die Ampelkoalitionäre ihre Regierungsmannschaft vorgestellt haben, habe ich gedacht: Bei der Fülle rot-grüner Politikentwürfe, die damals vorgetragen wurden, gibt es doch ein Bollwerk letzter Instanz in der Person Christian Lindners als Finanzminister, der schon dafür sorgen wird, dass die Staatsfinanzen nicht aus dem Ruder laufen. So habe ich gedacht, geglaubt und gehofft. Und aus dem, was dann passiert bzw. nicht passiert ist, erwächst die titelgebende Frage.

Als **liberaler Oppositionspolitiker** hat Lindner das hohe Lied vom schlanken Staat und freier Wirtschaft gesungen. Er hat explizit die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und den Ausgleich der kalten Progression gefordert, er hat die Ergänzung des Rentensystems um einen kapitalbildenden Faktor („Aktienrente“) propagiert und die baldige Rückkehr zur in der Verfassung verankerten Schuldengrenze angemahnt. Davon und von einer Eindämmung der Schulden aus Pandemiezeiten ist heute keine Rede mehr. Stattdessen gibt es 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und weitere Milliarden für die Energiekostenentlastung der Bürger, den Tankrabatt, das 9 Euro-Ticket und die Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge. Die Liste ließe sich noch verlängern. Keiner der Einzelmaßnahmen kann man ernsthaft widersprechen, aber man wird den Verdacht nicht los, dass sich der Finanzminister willfährig für die Finanzierungswünsche seiner Kabinettskollegen einspannen lässt und es sich mit diesen auf keinen Fall verderben will. Die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass die Wähler diese Art von **profillosem Kuschelkurs** nicht honorieren.

Hinter der bedauerlichen Nicht-Leistung Christian Lindners steckt allerdings ein personenübergreifendes Problem. Nach über 75 Friedensjahren in Europa leben wir heute wieder in Kriegszeiten, und auch die Länder um uns herum stocken ihre Haushalte zu Lasten der Privatwirtschaft auf. Ich erinnere daran, dass ich bereits in meiner Kolumne 05/2013 (September-Oktober 2013) über das **Wagnersche Gesetz steigender Staatsquoten** geschrieben habe. Die von Wagner formulierte Gesetzmäßigkeit wird im Krieg maßlos überdehnt. Man kann geradezu sagen, dass der Krieg für den Staat

Meschede, Mai/Juni 2022

der rechtfertigende Nährboden für eine Ausdehnung seiner Kompetenzen und Finanzierungsgewohnheiten ist. Für die Marktwirtschaft ist er der GAU.

Entsprechend Wagners Erkenntnissen hat der Staat in den vergangenen 100 Jahren seinen Einfluss stark ausgeweitet. Ende des 19. Jahrhunderts lag in Deutschland die Staatsquote, das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttosozialprodukt, bei 19 %. In der Folgezeit ist sie durch die beiden Weltkriege zunächst stark angestiegen, um in den Wachstumsjahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf 33 % zurückzugehen. Der Ausbau des Sozialstaats in den 60er und 70er Jahren hat dann wieder zu einem ständigen Wachstum der Staatsquote geführt. Im Coronajahr 2020 übersprang sie zum ersten Mal die Marke von 50 %. **Im vergangenen Jahr kletterte die Staatsquote sogar auf 51,6 %.**

Nun ist die Staatsquote zunächst einmal nur eine rechnerische Zahl. Dahinter steht aber nicht nur die Tatsache, dass der Staat in Krisenzeiten seine Ausgaben erhöht. Damit einher geht regelmäßig, dass er durch eine Flut von Gesetzen, Dekreten und Regulierungen in das Wirtschaftsgeschehen eingreift und die marktwirtschaftlichen Kräfte außer Funktion setzt. Das geht natürlich zu Lasten des sonst erwartbaren Wirtschaftswachstums, das Trendwachstum sinkt.

Besonders bedenklich ist, dass, wie schon von Wagner festgestellt, die ausgedehnte Staatstätigkeit nach Beendigung der Krise nicht wieder auf das Ausgangsniveau zurückgeht. Dadurch verschiebt sich das Niveau der Staatsausgaben nachhaltig nach oben. Dieser historisch zu beobachtende Trend wird in der Gegenwart durch den um sich greifenden **Etatismus** verstärkt, den Glauben an die Problemlösungskompetenz des Staates. Dabei gilt: „Die Vorstellung, der Staat müsse nur mehr Geld in die Hand nehmen, stärker in die Wirtschaft eingreifen, und schon seien alle Probleme gelöst, ist eine Illusion, die historisch nicht gedeckt ist“ (Werner Plumpe, Wirtschaftshistoriker an der Universität Frankfurt). Die Amateurhaftigkeit, mit der unser Staat seine Bürger durch die Coronakrise getötet hat, ist doch noch in unser aller Erinnerung.

Die Coronakrise und Russlands Krieg gegen die Ukraine haben dem Staat ein fulminantes Comeback beschert, die Rückkehr von „Big Government“. Wirtschaftliche Entscheidungen werden zunehmend politisiert, die ökonomische Rationalität geht verloren. Marktwirtschaft und freiheitliches Denken als Basis dauerhaften Wohlstands befinden sich in der Defensive. Eigentlich würde das liberale Überzeugungskräfte als Gegengewicht herausfordern. Aber... siehe oben.

Es grüßt Sie Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage [www.dr-rieden.de](http://www.dr-rieden.de)